

## **Resolution der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Koblenz zur Energiewende vom 4. Dezember 2013**

Die Industrie- und Handelskammer Koblenz unterstützt das Ziel der Energiewende, die Energieversorgung zunehmend auf regenerative Quellen umzustellen und sich damit auch von den Entwicklungen der Rohstoffmärkte unabhängiger zu machen. Zudem erzeugt die Energiewende bei richtiger Gestaltung ein hohes Maß an Kreativität und Innovation, das sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirkt.

Durch vielfältige Eingriffe in den Markt und durch eine mangelnde Koordinierung zwischen Bund und Ländern hat die Politik die Kosten der Energiewende deutlich in die Höhe getrieben. Staatliche Abgaben wie EEG-Umlage, Umlagen auf die Netzentgelte und Stromsteuer machen heute den größten Teil der Stromkosten für Wirtschaft und Verbraucher aus. Dies bedroht die Wettbewerbsfähigkeit vieler Unternehmen am Standort Deutschland.

Auch die Versorgungssicherheit, bislang ein besonderes Plus Deutschlands, leidet. Spätestens mit Abschaltung weiterer Kernkraftwerke in Süddeutschland sind Engpässe in der Stromversorgung zu befürchten.

Wir fordern daher Bund und Länder dazu auf, schnellstmöglich den Rahmen für die Energiewende neu zu gestalten:

- Kurzfristig sollte die Stromsteuer deutlich gesenkt werden. Dies reduziert für viele Unternehmen und für die Verbraucher die Kostenbelastung aus staatlichen Abgaben. Zusätzliche Umlagen auf den Strompreis darf es zudem nicht geben.
- Die EEG-Umlage muss im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und des Standorts Deutschland sinken. Die Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energien sollten selbst Marktverantwortung übernehmen. Für besonders innovative Technologien kann es befristet und degressiv gestaffelt Zuschläge geben. Auf feste Einspeisevergütungen ohne Marktrisiko muss verzichtet werden.
- Viele Unternehmen antworten auf bestehende Unsicherheiten der Energiewende mit Eigenerzeugung. Die Eigenerzeugung sollte von Abgaben freigestellt bleiben. Dies eröffnet auch für den Ausbau der erneuerbaren Energien, vor allem für die Photovoltaik, interessante Chancen, ohne staatliche Zuwendungen zu wachsen.

- Wir plädieren für eine Fortsetzung der reduzierten EEG-Umlage für stromintensive Industrieunternehmen. Sie stellt keine Besserstellung deutscher Standorte gegenüber dem europäischen Wettbewerb dar, sondern ist Bedingung dafür, international wettbewerbsfähig zu sein. Die Regelung sollte jedoch mittelstandsfreundlicher gestaltet werden, indem bei der Bruttowertschöpfung statt der starren Grenze ein fließender oder gestaffelter Übergang geschaffen wird.
- Die Anpassung der Netzinfrastruktur an die neuen Anforderungen dezentraler und volatiler Erzeugung ist für das Gelingen der Energiewende von zentraler Bedeutung. Ausreichende Nord-Süd-Verbindungen für Strom und Gas sind die Grundvoraussetzung, um die Versorgung auch in Süddeutschland langfristig zu sichern. Netzausbau ist in vielen Fällen die günstigste Option, Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Umsetzung des Netzentwicklungsplans hat daher höchste Priorität.
- Es gibt viele Ansatzpunkte, um das Risiko bei der Versorgungssicherheit zu senken. Wir treten dafür ein, wirtschaftlich sinnvolle Potenziale zur Flexibilisierung der Nachfrage, zum grenzüberschreitenden Handel, zur Speicherung oder zur intelligenten Koppelung der unterschiedlichen erneuerbaren Energien bzw. auch zur Effizienzsteigerung über eine Weiterentwicklung des bestehenden Strommarktes zu erschließen. Um regionale Versorgungsengpässe zu verhindern, sollten die Reservekraftwerksverordnung und die Beschaffung der Kaltreserve hin zu mehr Transparenz weiterentwickelt werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, den Betrachtungszeitraum der Versorgungssicherheit bis nach 2022 auszudehnen, möglichen Handlungsbedarf gleichermaßen gründlich und zügig zu untersuchen und darauf aufbauend Vorschläge für ein Marktdesign zu entwickeln, das den wirtschaftlichen Bau und Betrieb erforderlicher Kraftwerke sicherstellt.
- Die Energiewende kann nur gelingen, wenn Bund und Länder sich eng abstimmen. Insbesondere müssen wir den Netzausbau vorantreiben, den Ausbau der erneuerbaren Energien damit synchronisieren sowie Aufbau und Erhalt der erforderlichen Kraftwerkskapazitäten sichern.
- Wir halten es schließlich für dringend geboten, dass Deutschland die Energiepolitik stärker mit seinen europäischen Nachbarn koordiniert. Ein europäischer Strommarkt schafft zusätzliche Möglichkeiten zur Optimierung des Risikoausgleichs und der Versorgungssicherheit und gewährleistet gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen in Europa.